

# Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am Dienstag, 14.02.2012, 17:00 Uhr, im Rathaus II (Langendamm), Sitzungssaal, Zum Jadebusen 20, 26316 Varel.

## Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
Ausschussmitglieder:	Sascha Biebricher Dirk Brumund Iko Chmielewski Abbes Mahouachi Djure Meinen Sebastian Schmidt Hannelore Schneider
stellv. Ausschussmitglieder:	Georg Ralle
Ratsmitglieder:	Rudolf Böcker Dorothea Weikert
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Matthias Blanke Olaf Freitag Jörg Kreikenbohm
Gäste:	Dipl.-Ing. Lutz Winter (zu TOP 3.1 NÖT) vom Ing.-Büro Thalen Consult

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 17.01.2012
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anträge an den Rat der Stadt  
Kein Tagesordnungspunkt
- 5 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 5.1 Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren für die Auflassung des Bahnüberganges "Großer Winkelsheidemoorweg" und den Bau einer Ersatzstraße in der Stadt Varel
- 5.2 Ergänzung des Landesraumordnungsprogramms Niedersachsen - Stellungnahme der Stadt Varel
- 6 Zur Kenntnisnahme
- 6.1 Baumfällung Obenstrohe
- 6.2 Ausbringung von Gülle
- 6.3 Eislauffläche

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Rathkamp eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung fest. Die Tagesordnung wird einstimmig um den Tagesordnungspunkt 5.2 ergänzt.

#### 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 17.01.2012

Auf Seite 8 des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 17. Januar 2012 wurde im ersten Absatz die Summe von 100.000,00 Euro versehentlich mit einer Null zu wenig geschrieben. Es besteht Einvernehmen, den Fehler im Protokoll zu korrigieren.

Ratsherr Funke hat im Rahmen der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 02. Februar 2012 darum gebeten, das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 17. Januar 2012 im Tagesordnungspunkt 5.1 um den genauen Wortbeitrag des Ratsherrn Meinen zu ergänzen. Zudem sollte auf Antrag des Ratsherren Meinen auch der Wortbeitrag des Ratsherrn Biebricher sowie die Antwort des Ratsherrn Funke in das Protokoll aufgenommen werden.

Der Ausschussvorsitzende weist in diesem Zusammenhang auf § 18 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Varel, des Verwaltungsausschusses und der Ausschüsse hin. Hier ist in Absatz 3 geregelt, dass im Protokoll die wesentlichen Inhalte der Verhandlungen festgehalten werden. Ein Wortprotokoll ist ausgeschlossen.

Insofern kommt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz der Bitte von Ratsherrn Funke und Ratsherrn Meinen auf Ergänzung des Protokolls nicht nach und genehmigt mehrheitlich (1 Enthaltung) das Protokoll vom 17. Januar 2012.

#### Hinweis:

Ratsherr Mahouachi wies am Tag nach der Sitzung telefonisch beim Protokollführer darauf hin, dass er versehentlich der Genehmigung des Protokolls zugestimmt hat. Er hatte beabsichtigt, den Antrag von Ratsherrn Funke auf Änderung des Protokolls zu unterstützen und hat lediglich aufgrund eines Missverständnisses für die Genehmigung des Protokolls gestimmt.

#### 3 Einwohnerfragestunde

Herr Begerow von der Northwest-Zeitung fragt an, wie hoch die Kosten für den Bau der Ersatzstraße im Rahmen der Auflassung des Bahnüberganges Großer Winkelsheidermoorweg beziffert werden. Verwaltungsseitig wird hierauf geantwortet.

tet, dass mit Kosten von etwa 1 Million Euro zu rechnen ist. Hiervon werden 2/3 vom Bund und der DB AG getragen. 1/3 ist von der Stadt Varel zu tragen. Diese kann jedoch im Rahmen des Entflechtungsgesetzes eine 75%ige Förderung ihres Anteiles erhalten. Die verbleibenden 25 % wird ein Investor, der entlang der Ersatzstraße ein Baugebiet entwickeln möchte, übernehmen.

Von einem Bürger wird angefragt, wann mit dem Baubeginn für die Ersatzstraße zu rechnen ist. Verwaltungsseitig wird hierzu ausgeführt, dass – sofern das Planfeststellungsverfahren problemlos abläuft – mit einem Baubeginn ab Herbst 2012 gerechnet werden kann.

#### **4 Anträge an den Rat der Stadt**

Kein Tagesordnungspunkt

#### **5 Stellungnahmen für den Bürgermeister**

##### **5.1 Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren für die Auflassung des Bahnüberganges "Großer Winkelsheidermoorweg" und den Bau einer Ersatzstraße in der Stadt Varel**

Mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 15.12.2011 (Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 13.12.2011) wurde die Verwaltung beauftragt, die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens zur Schließung des Bahnüberganges Großer Winkelsheidermoorweg und zum Bau einer Ersatzstraße beim Landkreis Friesland zu beantragen.

Zwischenzeitlich wurde das Planfeststellungsverfahren vom Landkreis Friesland eingeleitet und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 08.02 – 08.03.2012 zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Die Stadt Varel wurde nun ebenfalls offiziell zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Da es sich bei den Planfeststellungsunterlagen um die von der Stadt Varel eingereichten Unterlagen handelt, bestehen verwaltungsseitig keine Bedenken hinsichtlich des Planfeststellungsverfahrens.

#### **Beschluss:**

Gegen das Planfeststellungsverfahren zur Schließung des Bahnüberganges Großer Winkelsheidermoorweg und den Bau einer Ersatzstraße bestehen keine Bedenken.

#### **Einstimmiger Beschluss**

## 5.2 Ergänzung des Landesraumordnungsprogramms Niedersachsen - Stellungnahme der Stadt Varel

Mit Schreiben vom 02.02.2012 teilt das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung mit, dass das Ministerium die Änderung und Ergänzung des Niedersächsischen Landesraumordnungsprogrammes (LROP) überarbeitet hat. Die Stadt Varel hat bis zum 02.03.2012 Gelegenheit zu den geänderten Teilen des LROP eine Stellungnahme abzugeben.

Bereits im August 2010 wurde das Verfahren zur Änderung des LROP eingeleitet. Damalig hat die Stadt Varel zusammen mit dem Landkreis Friesland, dem Landkreis Ammerland sowie den Gemeinden Wiefelstede, Jade und Rastede eine Stellungnahme dahingehend abgegeben, dass der Verlauf der Autobahn A 20 in der Variante „West 2“ in das LROP aufgenommen wird (siehe auch VA vom 25.11.2010). Diese Anregung hat keine Aufnahme in das LROP gefunden, so dass die A 20 in der Variante „West 3“ im Entwurf des LROP dargestellt wird.

Angesichts der in der jüngeren Vergangenheit von den betroffenen Kommunen geführten Gesprächen insbesondere mit Minister Bode und weiteren Vertretern des niedersächsischen Verkehrsministeriums und dem Gutachten von Prof. Stürer, das die Belange der Kommunen vor dem Hintergrund der betroffenen Vogelschutzthematik geprüft hat und dem Festhalten an der Trassenvariante „West 2“ keine Chance einräumt, wird vorgeschlagen, dass die Stadt Varel zum Thema A 20 keine Stellungnahme abgibt.

Des Weiteren wird in der überarbeiteten Fassung des LROP im Bereich von Varel-Altjührden eine neue Leitungstrasse (Wilhelmshaven-Conneforde) für eine 380 kV-Leitung Höchstspannungsleitung dargestellt. In diesem Bereich sieht das LROP 2008 bereits Leitungstrassen vor, so dass es sich hier um eine Ergänzung handelt.

Die Stadt Varel wurde bereits im Jahre 2009 im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens für den Neubau dieser 380 kV-Leitung beteiligt. Damalig wurde stadtseitig angeregt, das Kabel auch auf Vareler Stadtgebiet komplett in der Erde zu verlegen. Das Planfeststellungsverfahren ist jedoch bis heute noch nicht abgeschlossen, so dass vorgeschlagen wird, diese Bitte auch für die Darstellungen des LROP zu wiederholen.

Ratsherr Chmielewski spricht sich dafür aus, auch auf Vareler Stadtgebiet die Erdverkabelung der Höchstspannungsleitung zu fordern. Die vorgeschlagene Formulierung, dass die Stadt Varel dies nur anregt, fällt seiner Meinung nach zu schwach aus. Hinsichtlich der A 20 spricht er sich dafür aus, generell auf den Bau der Autobahn zu verzichten.

Ratsherr Ralle fragt an, ob es hinsichtlich der Änderung des Landesraumordnungsprogrammes auch im Bereich Naturschutz Änderungen gibt, von denen die Stadt Varel betroffen wird. Verwaltungsseitig wird hierzu ausgeführt, dass die Änderung des Landesraumordnungsprogrammes zwar Festlegungen im Bereich der Vogelschutzgebiete enthält. Das Vogelschutzgebiet V 64, das die Stadt Varel betrifft, jedoch nicht im Rahmen dieser Änderungen enthalten ist.

Ratsherr Meinen spricht sich ebenfalls dafür aus, dass die Stadt Varel eine Stel-

lungnahme gegen den Bau der A 20 abgibt. Er wird dem vorgeschlagenen Beschlussvorschlag trotzdem zustimmen, da er die Inhalte mit tragen kann.

Er weist darauf hin, dass ein Wechsel von Freileitung zur Erdverkabelung mit extrem hohen Kosten für den Leitungsträger verbunden ist, so dass er davon ausgeht, dass der im Landesraumordnungsprogramm dargestellte Wechsel eher unrealistisch ist.

Ratsherr Böcker spricht sich ebenfalls dafür aus, den Beschlussvorschlag in Form einer Forderung zu formulieren.

Abschließend regt Ratsherr Chmielewski an, im Rahmen der Stellungnahme der Stadt Varel auf schon bestehende Belastungen im Bereich Altjührden, Conneforde und Grünenkamp durch Hochspannungsleitungen hinzuweisen.

### **Beschluss:**

Die Stadt Varel fordert, die dargestellte 380 kV-Höchstspannungsleitung auf Varel Stadtgebiet komplett als Erdverlegung darzustellen.

### **Einstimmiger Beschluss**

## **6 Zur Kenntnisnahme**

### **6.1 Baumfällung Obenstrohe**

Ratsherr Meinen berichtet, dass ihm aufgefallen ist, dass östlich des Parkplatzes am Mühlenteich eine längere Baumreihe (vermutlich Pappeln) gefällt wurde. Er fragt an, ob diese Fällung genehmigt wurde bzw. zulässig ist und welche Mittel die Stadt Varel grundsätzlich für den Baumschutz hat.

Ausschussvorsitzender Rathkamp weist darauf hin, dass im Außenbereich geschützte Landschaftselemente vorhanden sein könnten, in deren Rahmen auch die bestehende Vegetation und die Bäume geschützt werden.

Verwaltungsseitig wird dargestellt, dass in den besiedelten Bereichen die Stadt Varel die Möglichkeit zum Erlass einer Baumschutzsatzung hat. Die Baumschutzsatzung der Stadt Varel schützt dabei einzeln bezeichnete Bäume. In den nichtbesiedelten Bereichen liegt nach den Regelungen des Naturschutzgesetzes die Zuständigkeit beim Landkreis Friesland. Hier können geschützte Landschaftsteile/Landschaftsschutzgebiete durch Verordnung ausgewiesen werden.

Die von Ratsherrn Meinen beschriebene Fläche, auf der die Bäume gefällt wurden, liegt in einem Landschaftsschutzgebiet. Insofern wird die Stadt Varel diesbezüglich mit dem Landkreis Friesland Kontakt aufnehmen.

## 6.2 Ausbringung von Gülle

Ratsherr Meinen fragt an, zu welchen Zeiten Gülle aufgebracht werden darf, da ihm aufgefallen ist, dass in den letzten Frosttagen im Bereich von Hohelucht Gülle gefahren wurde. Er fragt in diesem Zusammenhang an, ob seitens des Landkreises Friesland Interesse besteht, dass die Bevölkerung Hinweise auf gegebenenfalls nicht zulässige Gülleausbringung gibt.

Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass die gestellten Fragen im Aufgabenbereich des Landkreises Friesland angesiedelt sind. Die Verwaltung wird insofern Kontakt mit dem Landkreis aufnehmen.

Ratsherr Rathkamp weist auf die Problematik in der Landwirtschaft hin. Insbesondere weist er darauf hin, dass teilweise nassere Flächen erst befahren werden, wenn Frost eingesetzt hat. Grundsätzlich darf Gülle jedoch erst ausgebracht werden, wenn die Flächen im Laufe des Tages antauen.

Ratsherr Ralle spricht sich dafür aus, dass auch in der Landwirtschaft ein Umdenken erforderlich ist. Er schlägt z.B. vor, Gülle in Biogasanlagen zu verwerten.

## 6.3 Eislauffläche

Ratsherr Böcker schlägt im Namen der BBV Fraktion vor, auch in Varel eine Eislauffläche einzurichten. Er bittet die Verwaltung darum zu prüfen, ob es geeignete Flächen hierfür gibt.

Ratsherr Chmielewski spricht sich ebenfalls dafür aus, eine Eislauffläche einzurichten. Man sollte diesbezüglich ein positives Signal setzen. Er bittet um Prüfung, ob der Sportplatz an der Arngaster Straße für eine solche Fläche geeignet wäre.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass im Bereich des Kasernengeländes eine solche Fläche vorgesehen werden könnte. Er stellt jedoch heraus, dass die Stadt Varel nicht als Veranstalter eines Eislaufvergnügens auftreten kann. Hierfür reichen allein schon die Personalkapazitäten nicht aus.

Zur Beglaubigung:

gez. Jürgen Rathkamp  
(Vorsitzende/r)

gez. Matthias Blanke  
(Protokollführer/in)